

Armut in reichen Ländern

1. Begriffsdefinition und Erscheinungsformen der Armut	16
<hr/>	
2. Ursachen und Auslöser von Armut in reichen Ländern	21
2.1 Sozialstaatskritik und Standortlogik	23
2.2 Folgen der neoliberalen Politik	25

*Christoph
Butterwegge*

*Professor für
Politikwissenschaft
an der Universität
Köln und Mitglied
der Forschungsstelle
für interkulturelle
Studien*

Auszug aus WISO 3/2010

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

*Armut bis
heute oft negiert*

Wie die Sozialgeschichte der Armut zeigt, unterlag diese einem ständigen Wandel hinsichtlich ihrer Erscheinungsformen, aber auch des Umgangs damit. Was man unter Armut verstand, war primär vom erreichten Wohlstandsniveau, von der Produktivkraftentwicklung, den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie den hierauf basierenden Normen und Werten, ihrer Widerspiegelung im Alltagsbewusstsein und kulturellen Traditionen abhängig. Genauso vielfältig wie die Armut selbst erscheint die Reaktion von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf sie gewesen zu sein. Dies gilt nicht zuletzt für öffentliche Diskurse in reichen Ländern, mit deren Hilfe die Armut bis heute negiert oder relativiert wird.¹

1. Begriffsdefinition und Erscheinungsformen der Armut

Ebenso wie „Reichtum“ ist „Armut“ ein höchst umstrittener und heiß umkämpfter Begriff. Wer ihn benutzt, betritt ein ideologisch vermin-tes Gelände, auf dem über die sozioökonomische Architektur und die Machtstruktur unserer Gesellschaft verhandelt wird. Deshalb muss immer wieder im öffentlichen bzw. im Fachdiskurs – und das heißt: möglichst kontrovers – erörtert werden, was Armut bedeutet. „Armut“ ist ein politisch-normativer Begriff, der sich nicht ein für alle Mal definieren lässt, weil kein Grundkonsens aller Gesellschaftsmitglieder darüber existiert, was man hierunter subsumieren kann; je nach sozialer Stellung, Weltanschauung und Religion existieren vielmehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassungen dazu. Gleichzeitig ist „Armut“ auch ein relationaler Begriff, der nur im Verhältnis zu jener Gesellschaft einen Sinn ergibt, in der ein davon Betroffener lebt. Umso wichtiger erscheint es, im Rahmen eines breit angelegten öffentlichen Diskurses darüber zu streiten, ob es Armut ausschließlich in der sog. Dritten Welt oder auch in (West-) Europa gibt, wo sie anfängt, was sie konkret für die Betroffenen selbst sowie für die Gesellschaft bedeutet und womit ihr politisch am ehesten begegnet werden kann.

*Niemand ist
von Natur aus
arm, sondern
man wird dazu
gemacht*

Niemand ist „von Natur aus“, durch „göttliche Fügung“ oder aufgrund biologischer Determinanten arm, man wird dazu vielmehr von der Gesellschaft bzw. den diese sozioökonomisch entscheidend bestimmenden Kräften gemacht. „Armut ist selten selbst verschuldet. Armut wird erzeugt, entweder durch die Mechanismen des ökonomischen Systems oder durch konkrete politische Handlungen beziehungsweise Unterlassungen.“² Die davon Betroffenen bilden

in aller Regel keine eigene Klasse oder Bevölkerungsschicht, vielmehr eine heterogen zusammengesetzte Gruppe, in der sich „Deklassierte aller Klassen“ sammeln. Gleichwohl ist die Armut nicht losgelöst von den bestehenden Eigentums-, Produktions- und Herrschaftsverhältnissen zu verstehen. „Nach wie vor ist die soziale Klassenzugehörigkeit eine der prägendsten Determinanten der sozialen Ungleichheit von Lebenschancen.“³

*„Deklassierte
aller Klassen“*

Bewährt hat sich die grundlegende Unterscheidung zwischen absoluter, extremer oder existenzieller Armut einerseits und relativer Armut andererseits. Von „absoluter Armut“ spricht man dann, wenn Menschen die für ihr Überleben nötigen Dinge fehlen, also ausreichend Nahrung, Wasser, Kleidung, Obdach, Heizung und medizinische Versorgung. Richard Hauser weist darauf hin, dass selbst das physische Existenzminimum und damit die Grenze zur absoluten Armut nur schwer festzulegen sind, weil sie beispielsweise davon abhängen, ob es sich um ein warmes oder um ein kaltes Land handelt, in dem jemand lebt. Außerdem spielten kulturelle bzw. religiöse Tabus im Hinblick auf die Frage, was gegessen und getrunken werden darf, eine Rolle: „Selbst eine absolute Armutsgrenze kann also nur relativ im Hinblick auf die natürliche Umgebung und die Gesellschaft, in der die Menschen leben, bestimmt werden.“⁴

*Unterschei-
dungsformen
von Armut*

Arm ist aber nicht bloß, wer für eine längere Zeit das physische Existenzminimum für sich und seine Familie kaum zu gewährleisten, sondern auch, wer aufgrund materieller Defizite nicht einmal annähernd den durchschnittlichen Lebensstandard jener Gesellschaft, in welcher er lebt, zu sichern vermag. Von „relativer Armut“ spricht man dann, wenn der Lebensstandard und die Lebensbedingungen von Menschen zu weit unter dem durchschnittlichen Lebensstandard und den durchschnittlichen Lebensbedingungen in einem Land liegen.⁵ „Absolute Armut stellt einen auf die Unfähigkeit zum physischen Überleben reduzierten Begriff dar, dessen einziges Kriterium in der Subsistenz, d.h. der Fähigkeit zur Selbsterhaltung des Individuums, besteht.“⁶ Während man bei absoluter Armut am physischen Existenzminimum existiert und das Leben auf dem Spiel steht, wird bei relativer Armut „nur“ das soziokulturelle Existenzminimum unterschritten.

Armut ist relativ und die Einschätzung ihres Ausmaßes hängt wesentlich vom (politischen) Standpunkt des Betrachters ab. Eigentlich

sind alle Mangellagen, die nicht sofort zum Tod der davon betroffenen Menschen führen, relativ. Auch die zerlumpten Bewohner/innen der Slums von Nairobi erscheinen uns nur deshalb als arm, weil wir nicht dort, sondern in anderen, und zwar meist sehr viel besseren materiellen Verhältnissen leben. Dies dürfte neben der persönlichen Scham ein weiterer Grund dafür sein, warum sich viele (scheinbar objektiv) Arme gar nicht für arm halten, sondern andere Menschen zu kennen behaupten, denen es noch schlechter geht und die sie deshalb eher so bezeichnen als sich selbst.

*in westlichen
Industrieländern
vornehmlich
relative Armut, in
Entwicklungslän-
dern oft absolute
Armut*

In den hiesigen Medien dominieren seit jeher Armutsbilder, die stark vom Massenelend der sog. Dritten Welt bzw. des europäischen Mittelalters (Verhungernde, Obdachlose und Bettler) bestimmt sind. In den westlichen Industrieländern handelt es sich heutzutage zwar vornehmlich um relative Armut, die sich auf einem hohen Wohlstandsniveau verfestigende Ungleichgewichte beispielsweise in der Einkommens- und Vermögensverteilung widerspiegelt, während in vielen Entwicklungsländern absolute (existenzielle oder extreme) Armut dominiert. Armut in Bangladesch, Burkina Faso und Mosambik unterscheidet sich zweifellos ganz wesentlich von Armut im Wohlstand. Daraus abzuleiten, Sozialleistungsempfänger/innen jammerten „auf einem hohen Niveau“, wie dies häufig geschieht, ist gleichwohl nicht berechtigt. Denn die Armut in reichen Ländern kann sogar deprimierender und demoralisierender sein als jene in armen. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche, die nicht nur den Einflüssen der Werbeindustrie sehr viel direkter ausgesetzt sind als Erwachsene, sondern auch dem Druck ihrer Clique bzw. ihrer Klassen- und Spielkamerad(inn)en, zumal in einer Gesellschaft, die immer stärker kommerzialisiert wird.⁷ Weshalb sollte nur ein Kind arm sein, das in einer Lehmhütte, aber nicht jenes, das in einem Hochhaus aufwächst, ohne ähnliche Entwicklungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten zu haben wie seine Altersgenoss(inn)en, die in freistehenden Einfamilienhäusern, Villen oder Schlössern wohnen?

*Unterschei-
dung nach
Serge Paugam*

Der französische Soziologe Serge Paugam unterscheidet drei elementare Formen der Armut, wie er sie nennt: die „integrierte“, die „marginalisierte“ und die „disqualifizierende Armut“, mit denen sich bestimmte gesellschaftliche Rahmenbedingungen verbinden.⁸ Die integrierte Armut betrifft viele Menschen, die in „unterentwickelten“ bzw. „wenig industrialisierten“ Gesellschaften leben und sich wenig

von den übrigen Bevölkerungsschichten unterscheiden. Die marginale Armut betrifft nur eine kleine Randgruppe der Bevölkerung, die mit dem großen Wachstumstempo nicht Schritt und sich nicht an die normativen Vorgaben der modernen Industriegesellschaft hält. Die disqualifizierende Armut beruht auf Prekarisierungsprozessen, die kollektive Ängste hervorrufen und sich zu einer Bedrohung für die Gesellschaftsordnung wie deren Kohäsion entwickeln können.

disqualifizierende Armut beruht auf Prekarisierungsprozessen

Terminologisch ist zwischen einer „Prekarisierung“ der Lohnarbeit als Prozess, in dem Millionen Beschäftigte gesicherter Arbeits- und Lebensbedingungen beraubt werden, der „Prekarität“ als schwieriger Soziallage und dem „Prekariat“ als einem Kunstwort zu unterscheiden, das diesen Begriff mit dem Terminus „Proletariat“ zur Kennzeichnung der davon betroffenen Personengruppe amalgamiert. Der französische Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu hat diese Terminologie auch international bekannt gemacht, als er in einer Brandrede gegen den Neoliberalismus mit der Behauptung provozierte: „Prekarität ist überall.“ Mittlerweile prägt die genannte Begriffstrias maßgeblich den europäischen Armutsdiskurs, zumindest was jene sozialwissenschaftlichen Fachkreise betrifft, die ihn auf der Grundlage einer kritischen Gesellschaftsanalyse führen.¹⁰

Prekarität meint eine Art sozialen Schwebезustand zwischen Armut und Wohlstand, den Klaus Kraemer als „transitorische Zwischenlage“ bezeichnet.¹¹ Von einer sozialen Entgrenzung der Prekarität könne man jedoch deshalb nicht sprechen, meint Kraemer, weil sich die Prekarisierungsrisiken in bestimmten Berufs- und Bildungsgruppen, erwerbsbiografischen Phasen und Alterskohorten häuften. In einer Arbeitswelt, die durch massiven Druck auf die abhängig Beschäftigten, und zwar Kern- ebenso wie Randbelegschaften, gekennzeichnet ist, wird Prekarität immer mehr zur Normalität. Stefanie Hürtgen weist denn auch darauf hin, dass heute – dies gilt besonders in der Weltwirtschaftskrise mit ihren negativen Konsequenzen für die Absatzchancen der Unternehmen – kaum ein Stammbeschäftigter noch sicher sein kann, dass sein Unternehmen, sein Betrieb, seine Abteilung und/oder sein Arbeitsbereich längerfristig bestehen bleibt. „Wenn Prekarisierung als Verunsicherung der sozialen Kohäsion begriffen wird (und dazu gehört die Möglichkeit, die individuelle und familiäre Existenz planen und gestalten zu können, nicht zuletzt um politisch tätig zu werden), dann macht es keinen Sinn mehr, ‚normal‘ Beschäftigte den prekären gegenüberzustellen, weil auf

Prekarität: sozialer Schwebезustand zwischen Armut und Wohlstand

diese Weise die systematische, reale Verunsicherung auch der Stammbeschäftigten ausgeblendet bzw. auf die ‚prekär‘ Beschäftigten reduziert wird.“¹²

Robert Castel differenziert mit Blick auf die „neue soziale Frage“ bzw. die Prekarisierung vieler Arbeitsverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus zwischen einer „Zone der Integration“, einer „Zone der Verwundbarkeit“, einer „Zone der Fürsorge“ und einer „Zone der Exklusion“, die er auch als „Zone der Entkopplung“ bezeichnet.¹³ Ungeklärt bleibt, in welchem Verhältnis diese Zonen zu den Soziallagen einzelner Klassen und Gesellschaftsschichten stehen, anders formuliert, ob es sich um damit verbundene oder davon losgelöste Risiken handelt. Klaus Dörre, der sich Castel anschließt, weist auf die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, das Wachsen der Existenzängste auch im Kernbereich der industriellen Stammbeslegschaften und die mentalen Auswirkungen solcher Erosionsprozesse hin: „Einem Bumerangeffekt gleich sorgt die Konkurrenz der Prekarier dafür, dass die Stammbeslegschaften ihre Festanstellung als Privileg empfinden, das es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen gilt. Auch die Mobilisierung von Ressentiments gegen Andere, weniger Leistungsfähige, Arbeitslose und Arme kann dafür ein Mittel sein.“¹⁴

Prekarier vs. Stammbeslegschaften

Armut ist ein mehrdimensionales Problem, das ökonomische (monetäre), soziale und kulturelle Aspekte umfasst. In einem reichen Land arm zu sein bedeutet mehr, als wenig Geld zu haben, und zwar vor allem:

Armut in einem reichen Land bedeutet:

- einen dauerhaften Mangel an unentbehrlichen und allgemein für notwendig erachteten Gütern, die es Menschen ermöglichen, ein halbwegs „normales“ Leben zu führen;
- Benachteiligungen in unterschiedlichen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen, Freizeit und Sport;
- den Ausschluss von (guter) Bildung, (Hoch-)Kultur und sozialen Netzwerken, welche für die gesellschaftliche Inklusion nötig sind;
- eine Vermehrung der Existenzrisiken, Beeinträchtigungen der Gesundheit und eine Verkürzung der Lebenserwartung („Arme müssen früher sterben“);
- einen Verlust an gesellschaftlicher Wertschätzung, öffentlichem Ansehen und damit meistens auch individuellem Selbstbewusstsein.

2. Ursachen und Auslöser von Armut in reichen Ländern

In der öffentlichen Diskussion wie der Fachliteratur werden die Auslöser von Armut häufig mit deren Ursachen verwechselt. Während strukturelle Zusammenhänge und gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen Menschen leben bzw. aufwachsen, die Voraussetzungen für Pauperisierungs- bzw. Prekarisierungsprozesse bilden, lösen bestimmte Ereignisse im Lebensverlauf solche Entwicklungen aus oder lassen sie voll zur Wirkung gelangen. Dadurch scheint es so, als sei der Tod des (Familien-)Ernährers, die Scheidung bzw. Trennung vom (Ehe-)Partner, Arbeitslosigkeit oder eine Mehrlingsgeburt am sozialen Abstieg schuld, den zumeist Frauen, Mütter und/oder deren Kinder anschließend erleiden. Tatsächlich waren sie allerdings schon lange vor dem betreffenden Schicksalsschlag unzureichend gesichert und liefen deshalb Gefahr, arm zu werden.

Armutsphänomene, Mangelercheinungen und soziale Bedürftigkeit sind historisch gesehen nichts Neues, weisen heute aber „postmoderne“ Züge auf, die es nahelegen, ihre Entstehungsursachen in jüngster Zeit zu suchen. Michel Chossudovsky, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Ottawa, spricht von einer „Globalisierung der Armut“, für die er Institutionen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO) verantwortlich macht. Der sog. Washingtoner Konsens habe große Teile der Weltbevölkerung nach dem Ende des sog. Kalten Krieges in eine ökonomische und soziale Krise ungeheuren Ausmaßes gestürzt: „Die Neue Weltordnung nährt sich von menschlicher Armut und der Zerstörung der natürlichen Umwelt. Sie schafft soziale Apartheid, schürt Rassismus und ethnische Kämpfe, sie höhlt die Rechte von Frauen aus und stürzt häufig Länder in zerstörerische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volksgruppen.“¹⁵

„Die neue Weltordnung nährt sich von menschlicher Armut ...“

In letzter Konsequenz ist die wachsende Dramatik der Armut auf die Weltmarktdynamik und die verschärfte „Standortkonkurrenz“ zurückzuführen. Hinter dem wohlklingenden Etikett „Globalisierung“ verbirgt sich ein gesellschaftspolitisches Großprojekt des Neoliberalismus, das überall auf der Welt mehr soziale Ungleichheit bezweckt. Aus einer Wirtschaftstheorie, die durch Verbesserung der Angebotsbedingungen (z.B. Steuererleichterungen für Unternehmen) optimale Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital zu garantieren

Globalisierung ist neoliberales Großprojekt zur Umverteilung

empfahl, hat sich der Neoliberalismus zu einer Sozialphilosophie entwickelt, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen (arbeitenden) Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen, kurz: „Wirtschaftsstandorten“ unterschiedlicher Art, als Wundermittel zur Lösung aller sozialen Probleme gilt.¹⁶

Wenn man den als „Globalisierung“ bezeichneten Prozess einer neoliberalen Modernisierung für die kaum mehr zu übersehenden Tendenzen einer Pauperisierung, sozialen Polarisierung und Entsolidarisierung verantwortlich macht, liegen die gesellschaftlichen Ursachen des vermehrten Auftretens von Armut auf drei Ebenen:

*gesellschaftliche
Ursachen von
Armut:*

- Im Produktionsprozess löst sich das Normalarbeitsverhältnis, von der Kapitaleseite unter den Stichworten „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ vorangetrieben, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine ständig steigende Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und (Zwangs-)Teilzeitarbeitsverhältnisse, die den so oder gar nicht (mehr) Beschäftigten wie ihren Familienangehörigen weder ein ausreichendes Einkommen noch den erforderlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung stark relativiert.
- Im Reproduktionsbereich büßt die Normalfamilie, d.h. die vom Staat subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit ein, zwei oder drei Kindern in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Relevanz ein. Neben sie treten andere Lebens- und Liebesformen, die zumindest tendenziell weniger materielle Sicherheit gewährleisten (sog. Ein-Elternteil-Familie, „Patchwork-Familie“, gleichgeschlechtliche Partnerschaft usw.).
- Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bedingt der Wettbewerb zwischen den „Wirtschaftsstandorten“ einen Abbau von Sicherungselementen für „weniger Leistungsfähige“, zu denen allemal Erwachsene gehören, die (mehrere) Kinder haben. Kinder und Jugendliche sind heute deshalb so stark von Armut betroffen, weil der „Umbau“ des Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht. Besonders nachteilig wirkt sich die schrittweise Abkehr von der Sicherung des normalen Lebensstandards durch Lohnersatzleistungen des Wohlfahrtsstaates aus.

2.1 Sozialstaatskritik und Standortlogik

Der moderne Wohlfahrtsstaat geriet um die Mitte der 1970er-Jahre ins Kreuzfeuer neoliberaler Kritik. Politiker/innen, Publizist(inn)en und Wissenschaftle/innen bemängelten, dass er immer weniger bezahlbar und seiner Hauptaufgabe der Armutsbekämpfung nicht (mehr) gewachsen sei. Für den Neoliberalismus, der eine Wirtschaftstheorie war, die Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA zum Regierungsprogramm erhoben, bevor daraus eine umfassende Gesellschaftsphilosophie und schließlich eine Art politischer Zivilreligion wurde, die alle entwickelten Industriegesellschaften erfasste, sind „soziale Wohltaten“ purer Luxus, den sich selbst reiche Industrienationen nicht mehr leisten können.

Neoliberalismus wurde zur politischen Zivilreligion

Wirtschaftsliberale möchten den Wohlfahrtsstaat am liebsten auf seine Basisfunktion der Armutsbekämpfung, -vermeidung und -verringerung reduzieren. Jan Roß stellt beispielsweise – ausgerechnet in einer „Streitschrift gegen den Vulgärliberalismus“, als dessen Kritiker er sich versteht – fest: „Für die dringenden Bedürfnisse der wenigen wirklich Armen würde das Geld schon reichen. Aber es den vielen recht zu machen, denen es eigentlich ganz gut geht und deren Ansprüche entsprechend hoch sind – das eben ist nicht mehr zu bezahlen. Deshalb ist der oft angeprangerte ‚Sozialabbau‘ unvermeidlich.“¹⁷ Darüber hinaus obliegt dem Wohlfahrtsstaat jedoch die Gewährleistung eines Höchstmaßes an sozialer Sicherheit für alle (im Hinblick auf das erreichte Maß an Produktivität, Wirtschaftskraft und gesellschaftlichem Wohlstand), d.h. unter den gegebenen Voraussetzungen nicht zuletzt: Lebensstandardsicherung im Falle des Arbeitsplatzverlustes, der Invalidität oder der Erwerbsunfähigkeit im Alter, und die Schaffung eines sozialen Ausgleichs, damit die Einkommens- bzw. Vermögensunterschiede nicht ins Extreme wachsen.

Seine neoliberalen Kritiker werfen dem Sozialstaat vor, die Freiheit nicht bloß der einzelnen Wirtschaftssubjekte, Unternehmer und Arbeitnehmer/innen, sondern auch seiner armen, erwerbslosen Bürger/innen mit Füßen zu treten. Geradezu beispielhaft argumentiert in diesem Zusammenhang Rainer Hank: „Der Wohlfahrtsstaat entwürdigt, indem er Almosen verteilt.“¹⁸ Dies tat der Sozialstaat früher gerade nicht, weil er die Grundrechte achtete und sein Handeln auf Rechtsansprüchen beruhte, die bürokratische Willkürmaßnahmen

Differenzierung von Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat

„Almosen schaffen keine soziale Gerechtigkeit“

seitens der Behörden ausschließen sollten. Erst die neoliberale Transformation des Wohlfahrtsstaates reduziert diesen darauf, nur noch das Existenzminimum seiner vom Markt ausgegrenzten Bürger/innen mehr schlecht als recht zu sichern oder durch das zivilgesellschaftliche Engagement der Besserverdienenden sichern zu lassen. Almosen schaffen keine soziale Gerechtigkeit,¹⁹ wie sie der moderne Wohlfahrtsstaat verlangt, vielmehr das Gegenteil davon. Wenn es den Reichen überlassen bleibt, was sie den Armen geben, wird deren Menschenwürde im Schenkungsakt selbst verletzt. Nur der bisher verfassungsgerichtlich garantierte Rechtsanspruch auf Transferleistungen verhindert, dass Lebensrisiken in Existenzkrisen münden. Ohne den entwickelten Wohlfahrtsstaat wird die Lohnarbeit im globalisierten Kapitalismus zum sozialen Vabanquespiel, was jeder Durchschnittsverdiener weiß, der kein Vermögen besitzt.

Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat gespalten zu werden: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (z.B. Altersvorsorge durch Versicherungspolice der Assekuranz). Dagegen stellt der „postmoderne“ Sozialstaat nur noch euphemistisch „Grundsicherung“ genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, gibt sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter/innen anheim.

Milton Friedman, einer der „Klassiker“ des Neoliberalismus, erklärte die Privatwohltätigkeit seinerzeit zu der in mehrerer Hinsicht wünschenswertesten Form der Armutsbekämpfung: „Es ist bemerkenswert, dass in der Periode des Laissezfaire, in der Mitte und gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien private Hilfsorganisationen und wohltätige Einrichtungen eine außergewöhnliche Verbreitung erfuhren. Einer der Hauptnachteile der Zunahme öffentlicher Wohlfahrt lag in der gleichzeitigen Abnahme privater Aktivitäten dieser Art.“²⁰ Umgekehrt haben das karitative Engagement, die ehrenamtliche Tätigkeit in der „Bürger-“ bzw. „Zivilgesellschaft“, die wohltätigen Spenden sowie das Stiftungswesen in entwickelten Industrieländern gegenwärtig gerade deshalb wieder Hochkonjunktur, weil man den Sozialstaat demontiert und dafür gesellschaftliche Ersatzinstitutionen benötigt. Die staatliche Sozialpolitik lehnen Neoliberale zwar meistens nicht grundsätzlich ab, stehen ihr jedoch äußerst skeptisch gegenüber und

beschränken sich daher auf einen „sozialpolitischen Minimalismus“, den Bernd Reif als „zentrales Charakteristikum“ ihrer Konzeption betrachtet.²¹ Der Würzburger Ökonom Norbert Berthold will die Staatseingriffe drastisch verringern und betrachtet die „Garantie eines Existenzminimums“ als „eigentliches Betätigungsfeld“ des Sozialstaates, auf welches sich dieser zurückziehen soll.²² Dass sich der Sozialstaat darauf beschränkt, das Verhungern seiner Bürger/innen zu verhindern, dürfte allerdings in wohlhabenden, wenn nicht reichen Gesellschaften ethisch kaum verantwortbar sein. Zu fragen ist vielmehr, ob der staatliche Verantwortungsbereich angesichts zuletzt wieder massiv wachsender sozialer und Beschäftigungsprobleme wirklich ohne verheerende Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft eingeschränkt werden kann, zumal die Globalisierung neben supranationalen Regulierungserfordernissen einen signifikant größeren politischen Handlungsdruck nach innen schafft.

Sozialstaatlichkeit begreifen Ultraliberale als Standortnachteil, der die internationale Konkurrenzfähigkeit gefährdet: „Wenn Europa im 21. Jahrhundert als erfolgreicher Industriestandort überleben und den Weg zurück zur hohen und stabilen Beschäftigung finden soll, muss die optimale Wirtschaftsleistung Vorrang vor der maximalen Sozialleistung haben.“²³ Neoliberale propagieren einen reinen Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat, der die „Lohnnebenkosten“ und folgerichtig auch die Sozialleistungen reduziert, damit sie die Firmen kaum belasten und deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht gefährden. Man müsse, lautet das Credo, mehr Lohnspreizung bzw. Einkommensungleichheit hinnehmen, um die Arbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpfen zu können.

*Sozialstaatlichkeit begreifen
Ultraliberale als
Standortnachteil*

2.2 Folgen der neoliberalen Politik

Das positive Moment an der Globalisierung ist die Überwindung nationaler und kontinentaler Grenzen, die negativen Auswirkungen der Standortpolitik bestehen hingegen in der Wohlstandsmehrung für relativ wenige und in der Verarmung vieler Menschen, verbunden mit einer Tendenz zur Spaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und (Sozial-)Staat. Robert Went spricht treffend von einer „doppelten Polarisierung – innerhalb der Länder und weltweit zwischen den Ländern“ als Ursache wachsender sozialer Unterschiede bzw. Gegensätze.²⁴ Der ganze Planet wurde in Gewinner- und Verliererstaaten und jede Gesellschaft mit enormen materiellen Konsequenzen noch einmal in soziale Auf- und Absteiger/innen gespalten. Dies

*Spaltung in
Gewinner und
Verlierer*

ging nicht zuletzt mit tiefgreifenden Bewusstseinsveränderungen der davon Betroffenen einher: Einerseits richtet sich der unter Bessergestellten verbreitete Wohlstandschauvinismus gegen sozial Benachteiligte, andererseits büßen die Ausgegrenzten oft genug an Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl ein, das sie dringend brauchen würden, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten.

In einer kapitalistischen Hochleistungsgesellschaft, die den Wettbewerb bzw. die Leistung geradezu glorifiziert und Letztere mit Prämien, Gehaltszulagen oder Lohnsteigerungen prämiert, erscheint Armut als funktional, weil sie nur das Pendant dessen verkörpert, was die Tüchtigeren und daher Erfolgreichen in des Wortes doppelter Bedeutung „verdient“ haben. Armut ist mithin weder ein politischer „Betriebsunfall“ noch ein „unsozialer Kollateralschaden“ des Globalisierungsprozesses, vielmehr systembedingt, d.h. Strukturmerkmal und Funktionselement einer kapitalistischen Marktgesellschaft im Zeichen der Restrukturierung fast aller Lebensbereiche nach dem Konkurrenzparadigma und neoliberalen Modellvorstellungen.

*Armut ist
systembedingt*

Prozesse der Pauperisierung, der sozialen Polarisierung und einer Dualisierung der Sozialstruktur sind Resultate der neoliberalen Modernisierung. Denn die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Verallgemeinerung des Wohlstandes. Vielmehr wirkt die Standortpolitik als „soziales Scheidewasser“, das die Bevölkerung in Gewinner und Verlierer/innen, diese jedoch wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarmer) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarmer) andererseits spaltet. Während die Dauerarbeitslosen den „sozialen Bodensatz“ im Gegenwartskapitalismus bilden, verkörpern die Niedriglohnempfänger/innen, oftmals Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten entstammend, eher das „Treibgut“ des Globalisierungsprozesses.²⁵

*Standortpolitik
als „soziales
Scheidewasser“*

Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, dass es in den reichen Ländern künftig eher mehr als weniger Armut geben wird. Selbst viele Vollzeitverhältnisse reichen nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, sodass ergänzend ein oder mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil schwarz) weitergearbeitet wird. „Zwischen die Ausgegrenzten und die Arbeitnehmer mit zunächst noch gutem Einkommensniveau (bei Industrie, Banken und Ver-

*auch in reichen
Ländern künftig
eher mehr als
weniger Armut*

sicherungen und beim Staat) schiebt sich die rapide wachsende Schicht der ‚working poor‘. Auf mittlere Sicht wird diese schlecht bezahlte Arbeitnehmerschaft im Service-Sektor das Lohnniveau in Deutschland maßgeblich mitbestimmen.“²⁶

Anmerkungen

1. Vgl. mit zahlreichen Nachweisen und Belegen für die Bundesrepublik Deutschland: Christoph Butterwegge, *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*, Frankfurt am Main/New York 2009
2. Jürgen Roth, *Absturz. Das Ende unseres Wohlstands*, München 1997, S. 110
3. Olaf Groh-Samberg, *Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven*, Wiesbaden 2009, S. 203
4. Richard Hauser, *Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext. Der sozialstatistische Diskurs*, in: Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.), *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden 2008, S. 68
5. Vgl. ebd.
6. Berthold Dietz, *Soziologie der Armut. Eine Einführung*, Frankfurt am Main/New York 1997, S. 87 (Hervorh. im Original)
7. Vgl. dazu: Gerlinde Unverzagt/Klaus Hurrelmann, *Konsum-Kinder. Was fehlt, wenn es an gar nichts fehlt*, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2001; Christine Feil, *Kinder, Geld und Konsum. Die Kommerzialisierung der Kindheit*, Weinheim/München 2003
8. Vgl. hierzu und zum Folgenden: Serge Paugam, *Die elementaren Formen der Armut*, Hamburg 2008, S. 112 ff.
9. Vgl. Pierre Bourdieu, *Prekarität ist überall*, in: ders., *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998, S. 96 ff.
10. Vgl. dazu die zahlreichen Beiträge in dem Sammelband von Robert Castel/Klaus Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York 2009
11. Siehe Klaus Kraemer, *Ist Prekarität überall?*, in: Claudio Altenhain u.a. (Hrsg.), *Von „Neuer Unterschicht“ und Prekariat. Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch. Kritische Perspektiven auf aktuelle Debatten*, Bielefeld 2008, S. 147
12. Stefanie Hürtgen, *Prekarität als Normalität. Von der Festanstellung zur permanenten Erwerbsunsicherheit*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2008, S. 118
13. Siehe Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000, S. 360 f.
14. Klaus Dörre, *Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33-34/2008, S. 5
15. Michel Chossudovsky, *Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*, 13. Aufl. Frankfurt am Main 2002, S. 23
16. Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, 2. Aufl. Wiesbaden 2008; dies. (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden 2008
17. Jan Roß, *Die neuen Staatsfeinde. Was für eine Republik wollen Schröder, Henkel, Westerwelle und Co.? – Eine Streitschrift gegen den Vulgärliberalismus*, Berlin 1998, S. 119
18. Rainer Hank, *Das Ende der Gleichheit oder Warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht*, Frankfurt am Main 2000, S. 194

19. Vgl. Norbert Blüm, *Gerechtigkeit. Eine Kritik des Homo oeconomicus*, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2006, S. 70
20. Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*, Frankfurt am Main/Berlin (West)/Wien 1984, S. 244
21. Siehe Bernd Reef, *Neoliberale Sozialpolitik – ein Ausweg aus der Globalisierungsfalle?*, in: Gerd Steffens (Hrsg.), *Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung*, Münster 2007, S. 177
22. Siehe Norbert Berthold, *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*, Tübingen 1997, S. 55
23. Alfred Zänker, *Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb*, München 1994, S. 57
24. Siehe Robert Went, *Ein Gespenst geht um ... Globalisierung! – Eine Analyse*, Zürich 1997, S. 53 und 133
25. Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*, 4. Aufl. Wiesbaden 2009; Carolin Butterwegge, *Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen*, Wiesbaden 2010
26. Stefan Welzk, *Wie in Deutschland umverteilt und der Wohlstand ruiniert wird*, in: Herbert Schui/Eckart Spoo (Hrsg.), *Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland*, 3. Aufl. Heilbronn 2000, S. 28

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at